

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuß

20. Sitzung
am Mittwoch, dem 13. August 1997, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Helmut Jacobs (SPD)

stellv. Vorsitzender

Ingrid Franzen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jost de Jager (CDU)

in Vertretung von Herlich Marie Todsén

Peter Jensen-Nissen (CDU)

in Vertretung von Frauke Tengler

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Gegenwärtiger Stand und Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung Drucksache 14/646	4
2.	Interkommunaler Kostenvergleich der Müllgebühren in Schleswig-Holstein Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/144 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/166 Änderungsantrag des Abgeordneten Peter Gerckens (SSW) Drucksache 14/172	6
3.	Qualität der Badegewässer in Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung Drucksache 14/695	7
4.	Verschiedenes	8

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Einvernehmlich setzt der Ausschuß die Beratung des Berichts der Landesregierung über die Berücksichtigung der Zugwege sowie der Brut- und Rastgebiete der Vögel in der Raumordnungsplanung von der Tagesordnung ab. Im übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gegenwärtiger Stand und Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/646 (überwiesen am 23. April 1997 zur abschließenden Beratung)

M Steenblock nimmt den Wunsch der Abg. Strauß auf, den Bericht der Landesregierung in vier Punkten zu ergänzen:

1. Bewertung der bestehenden Abfallanlagen,
2. Bestandsaufnahme der mit Landesmitteln geförderten Abfall- und Sortieranlagen,
3. Analyse der Landesregierung zur Wirkung des Landesabfallabgabengesetzes insbesondere unter Berücksichtigung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes,
4. Einlassungen der Landesregierung in der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall bezüglich Verwendung, Verwertung und Beseitigung sowie deren Bedeutung im bundesweiten Rahmen.

Das Ministerium werde sich bemühen, die gewünschten Darstellungen so zeitnah wie möglich nachzureichen.

Bei dieser Gelegenheit teilt er mit, daß die ursprünglich mit den kommunalen Landesverbänden abgesprochenen Anhörungsfristen nicht eingehalten werden könnten. Auch nach seiner Auffassung müßten die Kreistage Gelegenheit erhalten, sich im Rahmen der Anhörungen zum Abfallwirtschaftsgesetz dazu zu äußern. Der Fristablauf für den Eingang von Stellungnahmen sei deshalb auf den 3. Oktober 1997 verschoben worden. Am 4. November 1997 werde sich die Landesregierung mit dem Entwurf dann in einem zweiten Durchgang beschäftigen, so daß die Plenarberatung in der Dezember-Tagung des Landtages aufgenommen werden könne.

Daneben werde sich das Kabinett mit dem Abfallwirtschaftsprogramm und dem Abfallentsorgungsplan aufgrund der neuen Zeitplanung am 4. September 1997 in einem zweiten Durchgang beschäftigen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Dr. Happach-Kasan bekräftigt M Steenblock, daß die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion so zeitgerecht beantwortet werden werde, daß das Parlament die Antwort in seiner September-Tagung debattieren könne.

Ebenfalls auf Nachfrage der Abg. Dr. Happach-Kasan legen M Steenblock und MDgt Steiner dar, daß an einen Erlaß zur Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes des Bundes - anders als in Bayern - nicht gedacht sei. Die Veränderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage in Schleswig-Holstein seien nicht so gravierend, daß umfassende Einführungsvorschriften als notwendig angesehen werden müßten.

Der Ausschuß schließt mit den Zusagen des Ministers auf Ergänzung des Berichts der Landesregierung die Beratung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Interkommunaler Kostenvergleich der Müllgebühren in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/144 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/166 Änderungsantrag des Abgeordneten Peter Gerckens (SSW) Drucksache 14/172 (überwiesen am 14. August 1996)

Im Hinblick darauf, daß die Landesregierung in Kürze die zum selben Thema eingebrachte Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion beantworten wird, hält auch die Antragstellerin, Abg. Dr. Happach-Kasan, eine weitere Beratung des Antrags für entbehrlich.

M Steenblock teilt mit, daß inzwischen auf Bundesebene - ausgehend von der LAGA - ähnliche Vergleiche über die Müllgebührenbelastungen angestellt würden. Er sagt zu, dem Ausschuß den entsprechenden Bericht der Bundesregierung, sobald er fertiggestellt ist, zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt zeige sich, daß das Land Schleswig-Holstein hinsichtlich der Gebührenbelastung - trotz der großen Spannweite im einzelnen - unterhalb der Mittellinie liege.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuß mit den Stimmen der Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und F.D.P., dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Qualität der Badegewässer in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/695

(überwiesen am 16. Mai 1997 zur abschließenden Beratung)

Unter Bezugnahme auf einen konkreten Einzelfall erkundigt sich Abg. Storjohann danach, inwieweit das Umweltministerium Kommunen als Träger von Badestellen bei Problemen unterstütze.

M Steenblock hebt hervor, daß Entscheidungen über mögliche Hilfen jeweils von dem konkreten Einzelfall abhängen; Haushaltstitel für solche Zwecke existierten nicht. Er sagt zu, den von Abg. Storjohann angeführten Fall zu überprüfen.

Abg. Dr. Happach-Kasan verweist auf die Darstellungen des Berichts, nach denen durch Klärwerke bereits in erheblichem Umfang eine Verbesserung der Badewasserqualität erreicht worden sei. Wenn als weitere Verschmutzungsquellen die Beweidung und Tränken angeführt würden, könne sie sich Maßnahmen vorstellen, dies zu unterbinden. Unklar sei nur, wie Verschmutzungen durch Wasservögel entgegengewirkt werden solle.

M Steenblock merkt dazu an, daß dabei im wesentlichen das Füttern von Wasservögeln, gerade in stadtnahen Binnengewässern, im Vordergrund stehe. Deshalb müsse in erster Linie auf kommunaler Ebene ein Weg gefunden werden, das Füttern von Wasservögeln zu unterbinden.

Der Ausschuß schließt damit die Beratung des Berichts der Landesregierung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, teilt mit, daß am Mittwoch, dem 3. September 1997, voraussichtlich eine Sondertagung des Landtages stattfinden wird, so daß die für diesen Tag geplante Bereisung des E-T-S-Gebiets durch den Ausschuß auf einen späteren Termin, über den sich der Ausschuß noch verständigen wird, verlegt werden muß.

Gegen die Stimme des Abg. Wodarz beschließt der Ausschuß, sich in einer Sitzung gemeinsam mit dem Agrarausschuß in der Mittagspause der Plenarsitzung am Donnerstag, dem 28. August 1997, 13:30 Uhr, durch den Umweltminister und den Agrarminister über den derzeitigen Stand der Kormoran-Problematik unterrichten zu lassen.

In dieser Sitzung wird der Ausschuß auf Anregung der SPD-Fraktion auch den Bericht der Landesregierung zum Bodenschutzprogramm "Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein", Drucksache 14/188, mit der Beschlußfassung über einen Resolutionsentwurf, den die SPD-Fraktion dem Ausschuß rechtzeitig vorher zuleiten wird, abschließen, um damit die Voraussetzungen für eine weitere Beratung in der September-Tagung des Landtages zu schaffen.

Abg. Strauß erbittet einen Bericht des Umweltministeriums über das Verfahren und den Stand des sogenannten "Chitosan-Projekts".

Die nächste Sitzung wird gemeinsam mit dem Agrarausschuß am Donnerstag, dem 28. August 1997, 13:30 Uhr, stattfinden.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. H. Jacobs
stellv. Vorsitzender

gez. Burdinski
Geschäfts- und Protokollführer